



Für DIE LINKE sind noch viele Fragen offen

Steffen Dittes: „Keine vorbehaltlose Zustimmung für gemeinsames TKÜ-Zentrum“

Derzeit befindet sich der Entwurf für einen Staatsvertrag der Länder Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen zur Einrichtung eines gemeinsamen Zentrums für die Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) in der Abstimmung zwischen den Landesregierungen. Das Zentrum soll 2019 in Betrieb gehen und seinen Hauptsitz in Leipzig haben.

Die Befassung im Thüringer Landtag ist vor der Sommerpause vorgesehen. Das Parlament muss dann darüber entscheiden, ob sich der Freistaat Thüringen an dem geplanten Gemeinsamen Kompetenz- und Dienstleistungszentrum beteiligen wird.

„Auch wenn der Staatsvertrag und ein gemeinsames Zentrum zur Telekommunikationsüberwachung keine neuen Befugnisse schaffen werden, sondern wie schon in der Vergangenheit auch in der Zukunft die Aufzeichnung von Kommunikationsinhalten auf der Grundlage der Strafprozessordnung und des Polizeirechts der einzelnen Länder erfolgt, sehen wir die Einrichtung solcher technischen Zentren grundsätzlich skeptisch“, fasste der innenpolitische Sprecher Steffen Dittes den gegenwärtigen Diskussionsstand in der Linksfraktion zusammen.

Es sei in den vergangenen Jahren immer wieder zu beobachten gewesen, dass „neu geschaffene technische Möglichkeiten Begehrlichkeiten nach immer weiter in Grundrechte eingrei-

fende Befugnisse hervorrufen sowie Rechtsgrundlagen in ihrer Anwendbarkeit auf neue technische Möglichkeiten entgegen der ursprünglichen Regelungsabsicht ausgedehnt werden“.

Für die Fraktion DIE LINKE sind derzeit auch noch viele Fragen im Zusammenhang mit der Realisierung des gemeinsamen Zentrums offen. Diese müssten aber zwingend vor der Ratifizierung des Staatsvertrages beantwortet und geklärt werden.

Unbefugte dürfen keinen Zugriff haben auf die Kommunikationsinhalte

„Offen ist beispielsweise, wie die parlamentarische Kontrolle des TKÜ-Zentrums durch die einzelnen Bundesländer in der beabsichtigten Anstalt sichergestellt wird. Dies gilt ebenso für die datenschutzrechtliche Kontrolle durch die jeweiligen Landesdatenschutzbeauftragten sowie für die technische Sicherheit bei Speicherung und Übermittlung der erhobenen Daten“, sagte Steffen Dittes. Auch die Umsetzung der bundesverfassungsrechtlichen Rechtsprechung zur Realisierung des Schutzes des unantastbaren Kernbereichs privater Lebensgestaltung werfe noch Fragen auf.

Ein Schwerpunkt der weiteren Beratung wird für DIE LINKE sein, wie durch die avisierte technische Zusammenführung auch zukünftig sichergestellt bleibt, dass ein Datenabfluss zwischen den beteiligten Ländern ausgeschlos-

sen ist und unterschiedliche Rechtsvoraussetzungen für die Aufzeichnung von Kommunikationsinhalten im sich unterscheidenden Polizeirecht der Länder auch in der praktischen Anwendung eingehalten werden.

Es muss, so Steffen Dittes, ausgeschlossen sein, dass Unbefugte, beispielsweise nicht befugte Bedienstete anderer Bundesländer, Zugriff auf oder Kenntnis von Kommunikationsinhalten haben, wenn diese selbst nicht für die TKÜ-Maßnahme verantwortlich sind.

„Einer technischen Zusammenführung von TKÜ-Maßnahmen nach der Strafprozessordnung und den Polizeiaufgabengesetzen der Bundesländer kann durch DIE LINKE grundsätzlich nur dann zugestimmt werden, wenn sichergestellt ist, dass durch das gemeinsame Zentrum keine erweiterten Befugnisse zur Aufzeichnung von Telekommunikationsinhalten weder rechtlich noch praktisch ‚geboren‘ werden. Es müssen eine parlamentarische Kontrolle erfolgen, eine Vermischung von ‚Länderdaten‘ ausgeschlossen sein, die Landesdatenschutzbeauftragten jederzeit weitgehende Kontrollrechte aufgrund der jeweiligen Landesdatenschutzgesetze haben und der technische Datenschutz garantiert sein. Somit darf sich die technische Umsetzung von rechtlich zulässigen Maßnahmen in einem gemeinsamen TKÜ-Zentrum nicht von der Realisierung in einem landeseigenen TKÜ-Zentrum wie gegenwärtig unterscheiden“, erklärte der LINKE-Politiker. ■

KOMMENTIERT:

von Christian Schaft

Stiftungsuniversität

Derzeit prüft Thüringens größte Hochschule, die Friedrich-Schiller-Universität (FSU) in Jena, die Umwandlung in eine Stiftungsuniversität. Es heißt, dass sie damit mehr Spielraum bei Investitions- und Personalentscheidungen bekommen wolle.

Ich halte ein solches Vorhaben für schlicht unnötig und ein politisch falsches Signal. Die Stärkung der Hochschulautonomie im Sinne von Forschung und Lehre und Änderungen bei den Kompetenzen in den Bereichen Bauen und Finanzen sollten stattdessen im Rahmen der anstehenden Novelle des Thüringer Hochschulgesetzes für alle Hochschulen diskutiert werden.

Auch besteht breite Skepsis und teils auch entschiedene Ablehnung an der Jenaer Universität selbst. Studierendenvertreterinnen und -vertreter, Mittelbau und Personalrat sind von dem Vorhaben nach meiner Kenntnis nicht überzeugt. Auch viele Professorinnen und Professoren haben mehr Fragen als Antworten. Bei einer Diskussion an der Uni stellten selbst Vertreter bestehender Stiftungsuniversitäten die Vorteile einer Umwandlung infrage. Spätestens als Prof. Dr. Steinberg, ehemaliger Präsident der Goethe-Universität Frankfurt und damit immerhin Vertreter der bedeutendsten Stiftungsuniversität in Deutschland, die mögliche Umwandlung als einen „symbolischen Schritt“ bezeichnete, war für die meisten Anwesenden nicht mehr nachvollziehbar, welchen Effekt sich das Präsidium der Schiller-Universität erhofft. Dies auch vor dem Hintergrund der erklärten Absicht, ganz unabhängig von einer möglichen Umwandlung Stiftungskapital anzuhäufen. Es bleibt also die Frage: Welchen Vorteil für Forschung und Lehre erhofft man sich durch eine Umwandlung?

Außerdem ist es ja so, dass es zwingend ein Errichtungsgesetz durch den Thüringer Landtag bräuhete, um die FSU Jena als Stiftungsuniversität zu etablieren. Für DIE LINKE ist eine Umwandlung der Friedrich-Schiller-Universität zur Stiftungsuniversität keine Option. Es besteht zudem die Gefahr, dass Forschung und Lehre durch das Modell der Stiftungsuniversität stärker von externen Interessen abhängig werden. Das Modell der Stiftungsuniversität widerspricht auch aus diesem Grund meinem Verständnis der Freiheit von Forschung und Lehre. ■

AKTUELL

Armutsprävention Thema im Thüringer Landtag

Der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland kommt den Reichen zugute, während die Armen leer ausgehen, so das öffentliche Fazit zu dem jetzt nach langen Hin und Her vom Bundeskabinett verabschiedeten Fünften Armuts- und Reichtumsbericht.

Während die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung laut dem Regierungsbericht fast 51,9 Prozent des Nettogesamtvermögens besitzen, kommt die ärmere Hälfte der Bevölkerung gerade mal auf ein Prozent. Und die unteren 40 Prozent der Beschäftigten haben 2015 real weniger verdient als Mitte der 90er Jahre.

„Dass der Bericht monatelang herausgezögert wurde, ist ein Skandal. Dass aus dem Bericht wesentliche Passagen herausgestrichen wurden,

ist ein Armutszeugnis für die Sozialpolitik des Bundes“, hatte Karola Stange, Sozialpolitikerin der Linksfraktion im Thüringer Landtag kritisiert.

Und der Armutsforscher Christoph Butterwegge, der für die LINKE zum Amt des Bundespräsidenten kandidiert hatte, sagte: „Nach den gesellschaftlichen, sozioökonomischen und politischen Ursachen der Einkommens- und Vermögensspreizung wird im Fünften Armuts- und Reichtumsbericht gar nicht gefragt, wie auch Empfehlungen zu deren Beseitigung fehlen.“

Welche Auswirkungen die Bundespolitik hat, wird auch an den Zahlen, die für Thüringen vorliegen, deutlich: Mehr als 350.000 Menschen leben an oder unterhalb der Armutsgrenze. Besonders betroffen sind Erwerbslose, Alleinerziehende und Renter.

„Angesichts dieser Entwicklung zeigt sich, wie wichtig es ist, gegenzusteuern“, betonte Karola Stange mit Blick auf die Arbeitsmarktprogramme, die die rot-rot-grüne Landesregierung auf den Weg gebracht hat. „In Thüringen haben wir einen starken öffentlich geförderten Beschäftigungssektor geschaffen – eine große Chance für langzeitarbeitslose Menschen“, unterstrich die Abgeordnete. Erst kürzlich machte sich die Landesregierung erneut im Bundesrat für Rentenangleichung und Verbesserung des Rentensystems stark.

In der nächsten Landtagssitzung wird ein Antrag der Koalitionsfraktionen zur Armutsprävention beraten, außerdem beabsichtigt die Landesregierung, zur Thematik eine Regierungserklärung zu geben. ■